
Programm der Deutschen Demokratischen Partei von 1919

Zusammenfassung

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) am 20. November 1918 durch Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei und des liberalen Flügels der Nationalliberalen Partei verbanden sich große Hoffnungen auf einen demokratischen Neubeginn nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs. So kann die DDP als *die* Partei der Weimarer Republik bezeichnet werden. Keine andere Partei identifizierte sich so mit der parlamentarischen Demokratie und sprach sich so eindeutig für soziale Verantwortung und individuelle Freiheit aus wie die DDP, die diese Grundsätze in ihrem Parteiprogramm von Ende 1919 zusammenfasste. Die DDP war mehr als nur die Fortführung der alten verfassungs- und wirtschaftsliberalen Fortschrittspartei, da es ihr gelang, durch die Schärfung ihres sozialpolitischen Profils zumindest in der Anfangsphase der Weimarer Republik neben ihrer alten Klientel aus bürgerlicher Intelligenz, Beamten und dem industriellen Mittelstand politische Heimat für die neue Mittelschicht der Angestellten und kleineren Beamten zu werden. Die seit 1868 bestehende Spaltung des Liberalismus konnte jedoch nicht überwunden werden, da sich neben der DDP die Deutsche Volkspartei (DVP) als zweite Partei des Liberalismus gründete. Im Laufe der Republik verlor die DDP ihre liberale Führungsrolle an die DVP. Daran konnte auch gegen Ende der Weimarer Republik die Gründung der Deutschen Staatspartei, die sich aus der DDP rekrutierte, nichts mehr ändern.

Einführung

Noch während der Novemberunruhen 1918 hoffte der linksliberale Teil des bürgerlichen Lagers auf einen demokratischen Neubeginn des Liberalismus. So erfolgte bereits am 16. November 1918 unter der Führung des Chefredakteurs des Berliner Tageblatts, Theodor Wolff, und des Kultursoziologen Alfred Weber ein Gründungsaufruf zu "einer großen demokratischen Partei für das einige Reich" (Nuschke, S. 24ff.). Die Gründer verfolgten damit mehrere Ziele. Zum einen hofften sie, damit die bisherige Spaltung des Liberalismus überwinden zu können und eine Partei des geeinten Liberalismus zu gründen, welche im Bündnis mit der SPD das Fundament der neuen republikanischen Ordnung werden sollte. Zum anderen wollte man gleichzeitig damit eventuellen konservativen Restaurationsversuchen sowie bolschewistischen Bestrebungen entgegenwirken. Es wurde ein klares Bekenntnis zur Republik ausgesprochen und es erfolgte eine entschiedene Ablehnung "jeden bolschewistischen, reaktionären oder sonstigen Terrors". Außerdem verurteilten die Parteigründer das alte System und werteten den Zusammenbruch der Monarchie auch als Ende der bisherigen Parteien sowie deren politischer Führer: "Am 9. November 1918 sind die alten Parteiformen zerbrochen".

Der Gründungsaufruf stieß auf große Resonanz, der Wille zu einem Neuanfang und zur Mitarbeit an einer neuen demokratischen Gesellschafts- und Staatsform schien weit verbreitet zu sein. Unter den Befürwortern fanden sich Abgeordnete der linksliberalen Fortschrittspartei wie auch der nationalliberalen Partei. Jedoch setzte sich der Großteil des Gründerkreises der DDP vor allem aus bekannten Journalisten,

Professoren, Unternehmern und höheren Beamten zusammen, die zuvor noch nicht parteipolitisch hervorgetreten und somit politisch unverbraucht waren.

Damit die neu zu gründende Partei auch wirklich einen Neuanfang darstellte, wollte man politische Kräfte, die sich für annektionistische Kriegsziele und bis zuletzt für die Aufrechterhaltung der Monarchie ausgesprochen hatten, nicht aufnehmen. Damit konnte trotz intensiver Verhandlungen mit Teilen der nationalliberalen Partei unter der Führung von Gustav Stresemann keine geeinte Partei des Liberalismus entstehen. Im Gegenteil: Die seit 1868 bestehende Teilung des Liberalismus blieb aufrechterhalten, als größere Teile der nationalliberalen Partei unter Gustav Stresemann am 5. Dezember 1918 ebenfalls eine neue Partei ins Leben riefen, die Deutsche Volkspartei (DVP). Nur wenige Tage zuvor, am 20. November 1918, hatten u.a. Friedrich von Payer, Otto Fischbeck, Georg Gothein, Theodor Wolff, Alfred Weber, Hugo Preuß, Hjalmar Schacht, Hellmut von Gerlach und Otto Nuschke die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei vollzogen (Wegner/Albertin, S. XII). Der Personenkreis der Gründungsgruppe setzte sich zum einen aus renommierten Journalisten bekannter Presseorgane und aus ausgewiesenen Gelehrten, die auch publizistisch hervorgetreten waren, zusammen. Zum anderen fanden sich auch aus dem wirtschaftlichen Bereich einerseits Unternehmer, Generaldirektoren und Syndici sowie Verbandsfunktionäre und Repräsentanten der Gewerkschaften der organisierten Arbeiter, Angestellten, kleineren, mittleren und höheren Beamten zusammen. So war z.B. Theodor Wolff (1868-1943) von 1906 bis 1933 Chefredakteur des Berliner Tageblatts. Alfred Weber, Professor für Nationalökonomie an der Universität Heidelberg und Hugo Preuß, Professor für öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin, repräsentierten die Gelehrten innerhalb der DDP. Während Otto Fischbeck lange Zeit als Syndikus der Papier verarbeitenden Berufgenossenschaft tätig war und Georg Gothein als Syndikus der Handelskammer Breslau und als Vorstandsmitglied des Außenhandelsverbandes, hatte Hjalmar Schacht eine Karriere als Stellvertretender Direktor der Dresdner Bank und dann als Geschäftsinhaber der Nationalbank eingeschlagen.

Auf dem außerordentlichen Parteitag der DDP, der vom 13. bis 15. Dezember 1919 in Leipzig stattfand, wurde das Parteiprogramm der DDP beschlossen und verabschiedet, welches sich zwischen demokratischem Nationalismus und internationalem Friedensdenken bewegte. Die DDP unterstrich in ihrem Programm noch einmal ihr Bekenntnis zur Republik: "Die Deutsche Demokratische Partei steht auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung; zu ihrem Schutz und ihrer Durchführung ist sie berufen". Auf der Basis dieses republikanischen Bekenntnisses sprach sich die DDP im Bereich der Innenpolitik für die demokratische Ordnung, für den Rechtsstaat, sowie für Föderalismus und Selbstverwaltung, aber auch für die Gleichstellung der Frau und eine fundamentale Heeresreform aus – so sah das Programm ein Milizsystem vor.

Auf dem außenpolitischen Sektor betonte die DDP ihr Eintreten für die Revision des Vertrags von Versailles und des Vertrags von St. Germain sowie für den Zusammenschluss aller Deutschen in einem Staat. Darüber hinaus hielt sie eine enge Verbindung zu allen Auslandsdeutschen für wichtig und forderte außerdem das Recht auf Kolonien bzw. deren Rückgabe. Gleichzeitig trat die DDP jedoch entschieden für den Völkerbund ein.

Aufgrund der vielen Lehrer und Professoren in ihren Reihen äußerte sich die DDP besonders ausführlich und dezidiert zur Kulturpolitik. So schrieb sie auf ihre Parteiflaggen die Lehr- und Lernfreiheit, den Anspruch aller auf unentgeltlichen Unterricht, die Einheitsschule sowie das staatliche Monopol auf die Lehrer- und Schulbildung. Sie lehnte Privatschulen ab und befürwortete die Trennung von Kirche

und Staat.

Sozial- und wirtschaftspolitisch sah sich die DDP vor allem als Sprecherin des selbständigen Handwerkers und mittelständischer Unternehmer sowie der Angestellten und des mündigen Arbeiters. Die DDP bezeichnete sich selbst als "Partei der Arbeit" und ihr Ziel war "auf dem Gebiete der Wirtschaft der Staat des sozialen Rechts". Außerdem verfolgte sie die Aufrechterhaltung der privatwirtschaftlichen Organisation und lehnte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel entschieden ab. Darüber hinaus sprach sie sich auch dezidiert gegen Monopole aus. Den Abschluss des Programms bildete das Leitwort der DDP: "Vorwärts und aufwärts in Deutschland und für Deutschland".

Gerade zu Beginn der Weimarer Republik wurden große Hoffnungen in die liberale DDP gesetzt und, wenn man ihr Programm betrachtet, kann sie mit ihrem Bekenntnis zur Republik auch als die neue Partei der Republik – wie sie in der Forschung genannt wird – bezeichnet werden. Auch gilt als Konsens in der Forschung, dass das Schicksal der DDP mit dem der Weimarer Republik untrennbar verbunden ist. Obwohl die DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ein hervorragendes Ergebnis erzielen konnte – sie ging als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervor –, gelang es ihr nur vorübergehend, die neue Mittelschicht aus Angestellten und Beamten als feste Wählerklientel für sich zu gewinnen. Viele bürgerliche Wähler entschieden sich angesichts der unsicheren damaligen Lage sowie aufgrund der Aufbruchstimmung – man wollte die Kriegswirren sowie die revolutionären Erschütterungen von 1918 endgültig hinter sich lassen und war an einem raschen Aufbau einer demokratischen Gesellschaftsordnung interessiert – für die DDP, da sie als Koalitionspartner der SPD in Frage kam und viele bürgerliche Wähler dadurch den Neuaufbau Deutschlands auf einem republikanischen Fundament gewährleistet sahen.

Der Abwärtstrend der DDP kündigte sich jedoch bereits in der Reichstagswahl von 1920 an und setzte sich über die Mittelphase der Republik bis zum Ende der zwanziger Jahre mit einem steten, fast dramatischen Wählerschwund fort. Bereits bei den Reichstagswahlen von 1928 konnte die Partei nur noch 4,9 % der Stimmen erringen. Eine Hauptursache für diese Entwicklung sieht die Forschung in dem Dilemma der Partei, dass die Partei auf der einen Seite als Repräsentantin der Republik und damit als Wahrerin des Gesamtinteresses aufzutreten hatte, auf der anderen Seite jedoch ihr soziales Profil auf das bürgerliche Milieu beschränkte.

Um einen weiteren Bedeutungsverlust der Partei zu verhindern, entschloss sich die DDP am 28. Juli 1930, kurz vor den Reichstagswahlen, zu einer Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, einer Gruppierung Intellektueller mit nationalistischer Prägung. Unter der Führung von Erich Koch-Weser, dem langjährigen Parteivorsitzenden, erging der Gründungsauftrag zur Deutschen Staatspartei (DSTP). So wurde der letzte Parteitag der DDP, der vom 8. bis 10. November 1930 in Hannover stattfand, zum Gründungsparteitag der DSTP. Jedoch blieb der erhoffte politische Erfolg bei den weiteren Wahlen der Weimarer Republik aus. Die Partei erlebte im Gegenteil desaströse Wahlniederlagen: Im Juli 1932 konnte sie lediglich ein Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und erhielt damit lediglich vier Mandate, im November 1932 erzielte sie sogar nur mehr zwei Mandate. Kurz nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, am 28. Juni 1933, erfolgte schließlich die Auflösung der Deutschen Staatspartei.

Daniela Neri-Ultsch

Quellen- und Literaturhinweise

Albertin, L., Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine

vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Frye, B. J., Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party, Carbondale/Edwardsville 1985.

Heß, J., "Das ganze Deutschland soll es sein", Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der DDP, Stuttgart 1978.

Jones, L. E., German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933, Chapel Hill/N.C. 1988.

Möller, H., Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, Sonderheft 17 der HZ, München 1997, S. 293-342.

Nuschke, O., Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Anton Erkelenz (Hg.), Zehn Jahre Deutsche Republik, Berlin 1928, S. 24ff.

Stephan, W., Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der DDP, Göttingen 1973.

Opitz, R., Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973.

Schustereit, H., Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975.

Schneider, W., Die DDP in der Weimarer Republik 1924-1930, München 1978.

Treue, W. (Hg.), Deutsche Parteienprogramme 1861-1956, 2. Aufl. Göttingen u.a. 1956.

Wegner, K., Albertin, L. (Bearb.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, Düsseldorf 1980.

Programm der Deutschen Demokratischen Partei von 1919

In der höchsten Not unseres Vaterlandes ist die Deutsche demokratische Partei geboren. Sie will das ganze Volk vorwärts und aufwärts führen in stetiger Entwicklung. Freiheit und Recht sind ihre Wegemarken.

Das ganze Volk! – ohne Unterschied von Klasse, Beruf und Religion; innere Einheit tut uns vor allem not, und der einzige Weg zu ihr ist die Demokratie. Sie bedeutet Interessenausgleich und Aufhebung der Begriffe Herrschaft und Untertanenschaft auf allen Gebieten, bedeutet gleiches Recht für alle in den Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft. Der demokratischen Staatsauffassung gelten Personen und Gemeinschaften nur als lebendige Zellen und Glieder; den einheitlichen Körper aber bildet die Gesamtheit. Ihren Daseinsbedingungen ist alles unterzuordnen und nicht obrigkeitliche Bevormundung ist ihr oberstes Gesetz, sondern der Wille des souveränen Volkes.

Inniger denn je bekennen wir uns zu unserer schwer geprüften Nation. Wir vertrauen fest darauf, daß wir durch eigene Kraft uns aus den Niederungen der Gegenwart wieder erheben werden.

Unbeirrt durch den Streit des Tages und durch eigensüchtige Versuche, das Unglück des Vaterlandes auszumünzen für die Wiedererrichtung der alten Gewaltherrschaft oder für neue Diktaturen geht unsere Partei der Aufgabe nach, die deutsche Republik mit wahrhaftigem, staatsbürgerlichem und sozialem Geist zu erfüllen. Und indem wir so für Deutschland wirken, dienen wir auch der Menschheit und bereiten das friedliche Zusammenleben der Völker in einer Welt des Rechts und der Versöhnung vor.

Nach diesen Grundsätzen formen wir unser Programm.

I. Staat

1. Innere Politik.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung; zu ihrem Schutz und zu ihrer Durchführung ist sie berufen. Voraussetzung des Erfolges ist die Erziehung des Volkes zur staatsbürgerlichen Gesinnung. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit bestimmt sich durch den Gedanken der staatsbürgerlichen Pflicht. Sie verleiht den Rechten der Volksgenossen Inhalt wie Begrenzung. *Die deutsche Republik muß ein Volksstaat sein und unverbrüchlich zugleich ein Rechtsstaat.*

Wir erstreben die Einheit des Reiches, aber unter Berücksichtigung und Erhaltung der Eigenart der deutschen Stämme.

In Gesetzgebung und Verwaltung muß gleiches Recht für alle gelten; die noch bestehenden Zurücksetzungen der Frauen sind zu beseitigen. Die Verwaltung des Reiches muß unter Wahrung des Berufsbeamtentums organisiert werden, aber auch unter starker Beteiligung des Laienelementes. Nach den gleichen Grundsätzen regele sich die Ordnung der Länder und Gemeinden in freier und weitestgehender Selbstverwaltung.

Das Recht ist ein Teil der Volkskultur und muß deshalb volkstümlich ausgestaltet werden.

Das uns aufgezwungene Söldnerheer ist baldigst durch ein Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.

2. Äußere Politik.

Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik Deutschlands ist für die nächste Zeit die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. Denn auch in den Beziehungen der Völker zueinander soll nicht Macht und Unterdrückung, sondern Gerechtigkeit und Freiheit walten. *Niemals nehmen wir das Diktat der Gewalt als bleibende Rechtsordnung hin. Niemals erkennen wir die Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterland an. Niemals lassen wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir erstreben, gestützt auf diesen Grundsatz, den Zusammenschluß aller deutschen Stämme.*

Deutschlands Anteil an der geistigen Hebung der Menschheit verbürgt ihm den Anspruch auf koloniasatorische Betätigung. *Auch den Raub unserer Kolonien fechten wir an.*

Ein Hauptziel der deutschen Politik ist die enge Verbindung mit den Auslandsdeutschen und ihr Schutz. Nationale Pflicht ist es, den Volksgenossen unter fremder Herrschaft ihr Volkstum erhalten zu helfen; aber auch die Achtung nationaler Minderheiten in Deutschland betrachten wir als politisches Gebot.

Die letzte Verwirklichung unserer Gedanken kann dauernd nur erzielt werden durch einen Bund aller freien Staaten. Wir treten daher ein für einen Völkerbund, dessen erste Aufgabe das Zusammenwirken der Nationen ist und der zugleich eine internationale Arbeitsgemeinschaft darstellt.

Eine Mächteallianz aber, die dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthält, lehnen wir ab, denn sie fördert nur den Völkerhaß und die Völkerverhetzung.

II. Kultur.

Der Ausbau des neuen Deutschlands kann allein erfolgen durch die Pflege der geistigen Wohlfahrt des Volkes, durch seine körperliche und sittliche Stählung und durch die Förderung seiner seelischen Kräfte. Nicht Unterdrückung der Persönlichkeit, nicht Drill und Abrichtung des einzelnen sind notwendig, sondern die Ehrfurcht vor jeder Überzeugung.. *Wir glauben an die Kraft der Wahrheit, den Irrtum zu überwinden! Auf solchen Grundlagen erhebt sich die höchste Schöpfung*

menschlichen Geistes: der *Kulturstaat*.

1. Schule, Unterricht und Erziehung.

Eckpfeiler des Kulturstaates ist die Schule. Lehrfreiheit und Lernfreiheit sind die Grundrechte unserer geistigen Verfassung. Zu den lebens- und staatsnotwendigen Kenntnissen, zur Sitten- und Charakterbildung und zur körperlichen Tüchtigkeit soll die Schule verhelfen; sie befriedige das Anrecht eines jeden auf eine Erziehung, die seinen Fähigkeiten und seinem Bildungswillen entspricht. Sie begeistere alle zu höchsten Leistungen und schaffe dadurch auch dem Volke die Führer.

Schulpflichtig ist die deutsche Jugend bis zum 14., lernpflichtig bis zum 18. Lebensjahr. Darüber hinaus ist eine Möglichkeit der Fortbildung zu geben, die die volle Auswirkung aller Kräfte sichert.

Die Lehrerbildung ist ein ausschließliches Recht des Staates.

Unser Volk leidet an sozialer, politischer und religiöser Zerklüftung. Seine gefährdete Einheit sichert die alle Glieder der Nation umfassende simultane Einheitsschule. Auf einer Grundschule, welche allen Kindern gemeinsam das erste Wissen zuführt, baut sich das verzweigte System der Mittel-, Fach- und Fortbildungsschulen bis zur Hochschule auf.

Alle Privatschulen, die die Kinder nach Stand, Vermögen oder Bekenntnis der Eltern sondern, lehnen wir ab. Nichtöffentliche Schulen zur Ergänzung der staatlichen sind nur ausnahmsweise aus ernstesten erzieherischen Bedürfnissen zuzulassen.

Der Unterricht an den öffentlichen Schulen muß unentgeltlich werden. Begabten soll der Staat erforderlichenfalls die Mittel für die Weiterbildung und auch für den Unterhalt während der Lernzeit gewähren.

Alle Schüler sollen mit der Geschichte und mit Wesen der Religion vertraut gemacht werden unter Wahrung der Gewissensfreiheit von Eltern, Kindern und Lehrern. Außer dem durch die Konfession bestimmten Religionsunterricht ist in der Schule ein allgemein religionskundlicher Unterricht zu erteilen; an einem von beiden muß jedes Kind teilnehmen.

2. Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Wohnlich machen und schmücken werden das Gebäude des Kulturstaates Wissenschaft, Kunst und Literatur. Frei sollen sie sich im Leben und in der Presse entfalten und dem Volke Veredlung und Erhebung gewähren. Wir vertrauen darauf, dass diese Lebensmächte ihren besten Schutz vor Verwilderung und Vergiftung in sich tragen. Doch darf der Staat seinen starken Schutz der bedrohten Volkssittlichkeit niemals versagen.

Die staatliche Kulturpolitik erhalte sich das Verständnis und die Föhlung für die treibenden Kräfte der Jugend, damit sie selbst nicht erstarre.

Geistige Arbeit, besonders auch die der freien Berufe, muß ihren angemessenen Lohn finden. Die Krönung des Kulturstaates aber bildet die Verwirklichung der inneren Freiheit in Fragen der Weltanschauung und der Religion. *In der Erschaffung einer geistigen Welt erblicken wir Demokraten den höchsten Sinn des Lebens.*

3. Weltanschauung, Religion und Kirche.

Grundsätzlich muß die Trennung von Staat und Kirche allmählich durchgeführt werden, es bleiben aber geschichtliche, ideelle und praktische Beziehungen zwischen Staat und Kirche bestehen. Die der Kirche gewährten Zuschüsse soll der Staat schonend ablösen.

Das gegenseitige Verständnis der Konfessionen zu fördern, liegt im Wesen der Demokratie. Für die der Kirche zugehörigen Demokraten besteht die Pflicht, ihre Gesinnung auch innerhalb der Kirche selbst zu Gehör zu bringen. Der Schutz des Staates gebührt auch den kleineren Gesinnungsgruppen.

So wollen wir den deutschen Kulturstaat errichten, so sollen unsere Nachfahren in

ihm leben: frei im Geben, frei im Empfangen in Schule und Kirche, in Wissenschaft, Literatur und Kunst. Alle Diener an diesem Werke aber dürfen sich freudig bewußt sein, daß die Nation den am höchsten ehrt, dem sie die Wahrung ihrer idealen Werte anvertraut. Auch darf niemand im neuen Deutschland im Bildungsdünkel sich abgesondert fühlen, denn die geistigen Güter sind Lehen aus dem Eigentum der Allgemeinheit. Gerade der Gebildete schuldet seinem Volke sein ganzes Können und Wissen, weil er der mühseligen Arbeit auch des Einfachen und Schlichten mit zu verdanken hat, was er ist und was er zu wirken vermag.

III. Volkswirtschaft.

Die Deutsche demokratische Partei ist eine Partei der Arbeit. Ihr Ziel auf dem Gebiete der Wirtschaft ist der *Staat des sozialen Rechts*. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne allgemeiner Verstaatlichung wäre tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft und verhängnisvolle Minderung ihres Ertrages. *Wir lehnen sie ab und halten an der Privatwirtschaft als der regelmäßigen Betriebsform fest.* Mehr als je brauchen wir gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeit und vermehrte Erzeugung nützlicher Güter. Dazu bedürfen wir der durch das Eigeninteresse wachgehaltenen freien Selbstverantwortlichkeit, Initiative und Schaffensfreudigkeit jedes einzelnen. Notwendig ist der Schutz solcher freien Bewegung dort, wo sie durch die Entwicklung bedroht wird; notwendig ist ihre *Beschränkung* da, wo sie zu Mißbrauch führt. *Denn auch in der Wirtschaft steht das Ganze über seinen Teilen und das Volkswohl über begrenzten Gewalten und Interessen.* Auch hier müssen die hohen demokratischen Grundsätze der *persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde* sich durchsetzen.

Darum fordern wir zum ersten: *monopolartige Herrschaftsmacht in der Hand Weniger oder kleinerer Gruppen darf nicht geduldet* werden. Für den Boden, das kostbarste Monopolgut des Volkes, folgt daraus: Verhinderung der Bodenspekulation, entschlossene Aufteilung von Großgrundbesitz zur Schaffung von selbstwirtschaftlichen bäuerlichen Familienbetrieben und zur Ansiedlung von Landarbeitern. So wird der heimische Boden möglichst vielen deutschen Menschen ein freies, natürliches und tätiges Dasein ermöglichen und die Volksgesundheit und die Ernährung der Gesamtheit sichern. So wird auch die Landwirtschaft befähigt, die hervorragende Stellung einzunehmen, die ihr besonders nach den Zerstörungen durch den Krieg, im deutschen Wirtschaftsleben gebührt.

Für die Industrie, den Handel, das Bank- und Versicherungswesen ergibt sich: wo es sich um die Verwertung natürlicher Monopole handelt, wo Vertrustung, Kartell- und Verbandsbildung tatsächlich schon die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit beschränkt und aufgehoben haben, da hat der Staat sein Hoheitsrecht zu wahren. Mit sorgsam angepaßten Maßnahmen hat die Gesamtheit die Kontrolle, die Mitbestimmung, nötigenfalls auch die Leistung oder, gegen angemessene Entschädigung, das Eigentum an sich zu nehmen. Die Ausbeutung und Unterdrückung des Schwachen durch den Starken – des Arbeiters und Angestellten, des aufstrebenden Unternehmers, des Handwerkers, des Weiterverarbeiters, des Verbrauchers – ist zu verhindern. *So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die persönliche Freiheit in der Wirtschaft wahren.*

Zum zweiten fordern wir: *Soziales Unrecht in der Verteilung des Besitzes und des Einkommens ist zu beseitigen.* Der Staat kann nicht jedem das gleiche Einkommen zuweisen; denn jeder soll den Lohn seiner Leistung erhalten. Er muß aber die Voraussetzungen schaffen, von denen aus jeder ohne unsachliche Hindernisse dieses gerechte Einkommen sich erarbeiten kann. Jedem Volksgenossen, der sich nicht gemeinnütziger Arbeit weigert, ist ein notwendiges Mindestmaß der materiellen Güter für die Ernährung, Bekleidung und Behausung sowie Fürsorge in Fällen der

Bedürftigkeit von Rechtswegen zu gewähren. Zur Durchführung dieser umfassenden Sozialpolitik dient in erster Linie die Steuergesetzgebung. Die Steuern, vor allem die auf Besitz und Erbe, auf Einkommen und Aufwand sollen nicht bloß die ungeheuer gewachsenen Bedürfnisse des Staates decken, sondern auch die übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen und damit in allen Möglichkeiten des Lebens ausgleichen. Bei allen Maßnahmen muß jedoch auf die Neubildung von Kapital Rücksicht genommen werden, denn ohne dies ist der Gesamtertrag der Volkswirtschaft nicht so zu erhöhen, daß auch die Lebenshaltung jedes einzelnen gehoben werden kann. *So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die Gerechtigkeit in der Wirtschaft schaffen.*

Zum dritten fordern wir: *Dem Maschinentum des Menschen im Arbeitsprozeß ist entgegenzuwirken.* Die Arbeitsteilung droht, die Arbeit völlig der Seele zu berauben. Deshalb müssen Handwerk und Kleinhandel geschützt und gefördert werden. In ihnen besteht noch die unmittelbare Beziehung des Menschen zu seinem Werke; im Großbetriebe verliert der einzelne das Verhältnis zum Gesamtergebnis der Arbeit mehr und mehr. Die Arbeitstechnik, deren Verfeinerung dieses Schicksal bildete, können und wollen wir aber nicht rückgängig machen, weil Verminderung der Produktion die Versorgung verschlechtern und dadurch für Millionen das Dasein zur Unmöglichkeit machen würde. So muß in der Demokratisierung der Wirtschaft die Hilfe gefunden werden. Die Entschlußkraft und die Verantwortungsbereitschaft des Unternehmers müssen sicherlich erhalten bleiben; aber ebenso ist die Arbeitsfreude des Arbeiters und Angestellten ein Produktionsfaktor von höchster Wichtigkeit. Darum brauchen wir ein Arbeitsrecht, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Produktionsprozeß sich tatsächlich gleich stehen. Darum brauchen wir weiter auch eine Arbeitsverfassung, die den bloß Abhängigen zum bewußt Mitwirkenden erhebt. Der Betrieb muß aus einem Herrschafts- zum Gemeinschaftsverhältnis werden. An die Stelle des Betriebsuntertans tritt der Betriebsbürger. *So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die Würde des Menschen in der Wirtschaft begründen.*

Und so in *Freiheit und Wahrheit, Gerechtigkeit und Würde* wollen wir die *deutsche Republik*, den neuen *Staat der Kultur* und des *sozialen Rechts* aufbauen und ausbauen. Der Bürger dieses Staatswesens wird sich im geistigen Schaffen wie im Getriebe der Wirtschaft als Glied einer *solidarischen Arbeits- und Volksgemeinschaft* fühlen. Sie gibt ihm sein Einzelrecht, aber sie verlangt auch höchste Pflichterfüllung für das Ganze. Es gilt, das Vaterland wieder aufzurichten, einheitlich und fest gefügt im Innern, angesehen und kraftvoll im Rate der Völker.

Vorwärts und aufwärts in Deutschland und für Deutschland – das ist das Leitwort der Deutschen Demokratischen Partei.

Faksimile

Die 14 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Programm der Deutschen Demokratischen Partei von 1919, in: Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei Nr. 2 vom Februar 1920, S. 41-47, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Druckschriftensammlung, De 030-001.

© Faksimile. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München. München. 2006.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0002_ddp.pdf

Datum: 20. September 2011 um 00:59:07 Uhr CEST.

© BSB München
